Artikel vom 16.02.2016 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 05:50 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/07-2016-wie-die-krise-meistern

07/2016 - Wie die Krise meistern?



Weitere Hilfen sind notwendig, weil viele Betriebe auch im privaten Bereich den Gürtel kaum noch enger schnallen können. Stefan Sallen

Die Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe sind 2014/15 eingebrochen und auch im laufenden Wirtschaftsjahr ist keine Besserung in Sicht. Die Stimmung in der Landwirtschaft ist auf einem Tiefpunkt. Was tun?

Für Betriebswirtschaftler ist die Sache einfach und klar: Rund 70 000 € sollte ein landwirtschaftlicher Betrieb verdienen, um auch künftig im Wettbewerb bestehen zu können. Leider sind – das wissen bäuerliche Familien nur zu genau – die Einkommen auf den Höfen augenblicklich weit entfernt davon, diese „magische“ Größe zu erreichen. Gerade einmal knapp 42 000 € im Durchschnitt aller Betriebe wurde im Wirtschaftsjahr 2014/15 verdient. Und es dürfte rheinische Betriebe nur wenig trösten, dass sie nach den Berechnungen der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen mit 53 893 € mehr als 17 000 € mehr verdient haben als ihre westfälischen Kollegen mit 36 655 €. Denn die Zukunft verspricht (noch) keine Besserung. Auch im laufenden Wirtschaftsjahr prognostiziert die Landwirtschaftsbehörde einen weiteren Einkommensrückgang von bis zu 23 %.

Da auch alle anderen Berufskollegen in den Staaten der Europäischen Union in ähnlicher Weise betroffen sind, wurde Anfang der Woche in Brüssel intensiv darüber debattiert, wie man den arg gebeutelten Bauern unter die Arme greifen könnte. Der Impuls ging dabei vom französischen Agrarminister Stéphane Le Foll aus. Kein Wunder: In Frankreich gehen die Landwirte mittlerweile in bewährt nachdrücklicher Form wieder auf die Straße. Während allerdings die Franzosen die Einkommensprobleme mit deutlichen staatlichen Eingriffen in die Märkte lösen wollen, hält Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt einen „Rückfall in die Zeiten der Staatsgläubigkeit, in der man fälschlicherweise der Meinung war, der Staat könne den Markt regulieren“, für undenkbar (siehe Bericht S. 7). Der Rest der EU-Staaten teilt entweder die eine oder die andere Meinung. Eine schnelle Lösung zur Bewältigung der Agrarkrise ist somit erst einmal nicht in Sicht.

Bis also die EU-Staaten zu Potte kommen, werden die Landwirte selbst überlegen müssen, wie man das augenblickliche „Tal der Tränen“ überwinden kann. Auf den Seiten 12 bis 13 finden Sie einige Tipps, wie man zumindest an den kleinen Schrauben drehen kann, um die Liquidität in den Betrieben zu sichern. Schließlich macht „Kleinvieh auch Mist“ und die Hofaufgabe sollte sicherlich das letzte Mittel sein. Zwei Dinge sollten deshalb an dieser Stelle deutlich gemacht werden:

1. Viele Betriebe haben auch in der Vergangenheit weniger als die hochgehandelten 70 000 € erwirtschaftet. Trotzdem konnten sie – zugegeben häufig bei sparsamer Lebensführung – beste Eigenkapitalbildung aufweisen. Solchen Betrieben muss man nicht einreden, sie stünden heute schon vor der Pleite.

2. Bei der Gruppe der sogenannten erfolgreichen Betriebe sind die Unternehmensergebnisse nach Berechnungen der Landwirtschaftskammer „lediglich“ um 15,5 % zurückgegangen. Im Schnitt aller Betriebe fiel der Gewinn um fast 44 % geringer aus. Die „Spitzenbetriebe“ konnten in der Regel höhere Erträge und Preise als der Durchschnitt erzielen. Darum sollte jeder Betriebsleiter – vielleicht zusammen mit der Beratung – intensiv prüfen, ob es auch in seinem Betrieb nicht noch „Luft nach oben“ gibt.

Allerdings sollte man bei allen eigenen Anstrengungen und aller marktwirtschaftlichen Ausrichtung die Politik nicht aus der Verantwortung für die bäuerlichen Familien entlassen. Die bisher gewährten Hilfen – Liquiditätsprogramm und Entlastung bei den Beiträgen zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft – sind zwar lobenswert, aber angesichts ihrer finanziellen Ausstattung eher ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Weitere Hilfen sind notwendig, weil viele Betriebe auch im privaten Bereich den Gürtel kaum noch enger schnallen können.

Die jetzt von Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten Reiner Haseloff ins Gespräch gebrachte Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage, eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Freibetrages für Land- und Forstwirte sowie weitere Liquiditätshilfen (siehe Kasten S. 9), wären Schritte in die richtige Richtung. Darüber hinaus gilt es, die Politik mit Blick auf das Verhalten des immer konzentrierteren Lebensmitteleinzelhandels in die Pflicht zu nehmen. Das gilt insbesondere auch bei den künftig neu zu gestaltenden Rahmenbedingungen im Natur- und Umweltbereich oder beim Tierschutz. Was unsere Betriebe im Augenblick gar nicht gebrauchen können, sind zusätzliche Auflagen, die sie im Wettbewerb weiter schwächen.